

NACHRICHTEN

Trotz Luftverkehrsabgabe werden nicht alle Tickets teurer

Berlin – Die neue Luftverkehrsabgabe heizt den Preiskampf unter den führenden deutschen Airlines an. Während Air Berlin den Zuschlag vollständig an die Kunden weitergeben will, plant Rivalen Lufthansa offene gezielte Nachlässe bei seinen Billigangeboten. Wie der „Spiegel“ berichtete, gelten dort ab Januar auf ausgewählten Strecken häufig deutlich geringere Zuschläge als bisher – trotz der neuen Abgabe. Damit wolle die Fluglinie sparsame Kunden anlocken. **DPA**

Mehr Supermärkte in Citylagen

Köln – Die Zahl von Supermärkten in Citylagen wird nach Meinung des Lebensmittelhandels zunehmen. „Das Interesse der Verbraucher geht vermehrt dahin, sich wieder in kleineren oder ortsnahen Einheiten zu versorgen“, sagte der Präsident des Bundesverbands des Deutschen Lebensmittelhandels, Friedhelm Dornseifer. Die Großflächen auf der grünen Wiese seien seit Jahren unter Druck. Der Trend gehe dahin, dass die Versorgung wieder zu den Menschen komme. **DPA**

Familie behält Europa-Park

Rust/Landau – Die Familie Mack, Betreiber des Europa-Parks Rust, denkt nicht daran, den Park zu verkaufen. „Das ist kein Thema für uns“, sagte Roland Mack der „Rheinpfalz“. Immer wieder würden Investoren, vor allem aus den arabischen Staaten, Interesse bekunden. Ein Verkauf komme allerdings nicht infrage, derzeit sei der Park mindestens eine Milliarde Euro wert, so Roland Mack weiter. **DPA**

Probleme beim Breitbandausbau

Berlin – Die Bundesregierung hat Probleme beim Ausbau des Glasfasernetzes. Leistungsfähige Anschlüsse seien aktuell für etwa 82 Prozent der Haushalte verfügbar. „Das ist weniger, als wir uns vorgenommen haben“, heißt es aus dem Verbraucherschutzministerium. In der Breitbandstrategie war vorgesehen, bis Ende 2010 eine flächendeckende Versorgung aller Haushalte mit leistungsfähigen Anschlüssen von mindestens einem Megabit pro Sekunde sicherzustellen. Dies werde nicht erreichbar sein. **DAPD**

Streit über Banker-Gehälter

Berlin – Über die Begrenzung von Gehältern bei staatlich gestützten Banken gibt es Streit in der Regierung. Wie der „Spiegel“ meldete, fordert CDU-Fraktionschef Volker Kauder auch für Institute, die nicht komplett verstaatlicht sind, starke Eingriffsrechte in die Verträge von Managern. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) dagegen gehe das zu weit. **DPA**

▶▶ Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Firma **Peek & Cloppenburg, Stuttgart**, bei (außer Postvertriebsstücken)

Belege für jeden Teebeutel

Nicht nur Firmen – auch jeden Freiberufler kann es erwischen: ein Besuch des Betriebsprüfers. Auch unsere Autorin hat sich mit ihm herumgequält und andere Fälle gesammelt.

VON URSULA OTT

Der Herbst ist für Steuerbürger Hochsaison. Bis Ende des Jahres muss die Steuererklärung endgültig raus – streng genommen hätte sie schon im Mai fertig sein müssen. Aber bis Jahresende haben viele Steuerpflichtige noch Galgenfrist. Also nix mit Sonntagsspaziergängen im goldenen Herbstwald. Dafür die Schuhschachtel mit den Tankquittungen, den Zeitschriftenabos und den Malerrechnungen rausuchen, schön die Malerfarbe und die Pinsel rausrechnen, damit nur die Handwerkerleistung übrig bleibt, kurz: Ganz schön lästiger Kleinkram ist notwendig, bis wir vom Finanzamt die paar Euro zurückkriegen, die uns zustehen. Muss das eigentlich sein?

Wie man Existenzgründer zum Verzweifeln bringt

Steuer nervt. Das ist mir klargeworden, als es mich vorletztes Jahr besonders böse erwischte. Betriebsprüfung! Erst über drei, am Ende über zehn Jahre selbstständiges Arbeiten. Nicht etwa einen goldenen Oktobermittag, sondern ein ganzes Jahr lang war ich damit beschäftigt, die Jahre 1996 bis 2006 meines Lebens noch mal aufzurollen. In diesem Jahr konnte ich mühelos jede Party versauen. Ich musste nur sagen: Ich habe eine Steuerprüfung! Und schon erzählten mir Leute ihren Frust mit dem Fiskus. Aus diesen Geschichten des ganz normalen Steuerwahrnsinns habe ich jetzt ein Buch gemacht.

Zum Beispiel jener Kneipenwirt aus Sachsen-Anhalt. Ein Vorzeige-Ossi, wie er jetzt bei den Feiern zur deutschen Einheit gepriesen wird. Er ist zarte 18, als im Jahr 1990 die Mauer fällt. Und er hat eine schlaue Geschäftsidee: Aus einem alten Stasi-Bunker

Wenn das Finanzamt zweimal klingelt

Die Außenprüfung

Sie dient der Ermittlung, Prüfung und Beurteilung der Verhältnisse eines Steuerpflichtigen, um die Gleichmäßigkeit der Besteuerung sicherzustellen. Weil eine umfangreiche steuerliche Überprüfung – neben der Steuerfahndung – den stärksten Eingriff in die Rechte eines Steuerbürgers darstellt, gelten für die Prüfung besondere Voraussetzungen und Vorschriften. Grundsätzlich kann eine Außenprüfung bei jedem Steuerpflichtigen durchgeführt werden. Sie ist aber bei Steuerpflichtigen, die Einkünfte aus Gewerbebetrieb, Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft oder Einkünfte aus selbstständiger Arbeit erzielen, ohne weitere Voraussetzungen zulässig.

Das Buch

Ursula Ott: „Total besteuert. Wie ich einmal ganz alleine den Staatshaushalt retten sollte“ (dtv, 7,90 Euro).

eine Musik-kneipe machen. Mit seinem besten Freund zusammen stürzt er sich in das Experiment soziale Marktwirtschaft – „bei uns gab's ja nur sozialistische Ökonomie“ – er studiert sogar BWL. Zum Glück. Im Sommer 2005 kommt ein Steuerprüfer, der eine Nachzahlung von über 100 000 Euro einfordert. Der Vorwurf: schwarz verbuchte Einnahmen. Der angebliche Beweis: bei Open-Air-Konzerten habe er nicht für jede Papierserviette eine Pommes-Portion abgerechnet. Und aus den Yogitee-Beuteln, die er als Ausgabe verbucht hat, hätte man viel mehr Tassen Yogitee kochen können. Der Steuerprüfer entblödet sich nicht, Kabarettisten anzurufen, die vier Jahre zuvor im Kulturbunker aufgetreten sind. „Wissen Sie noch, wie viele Tassen Kaffee Sie umsonst gekriegt haben?“

Die beiden Kneipiers, zum Glück ökonomisch versiert, erstellen eine Excel-Tabelle nach der anderen, total genervt legen sie dem Prüfer irgendwann die Schlüssel auf den Schreibtisch – „dann machen wir den Laden eben dicht!“ Nein, nein, lenkt der Finanzbeamte ein, das wolle man ja nun auf keinen Fall, „wie viel können Sie denn bezahlen?“

Die Kneipiers, die im Neuen Forum einst Kerzen angezündet hatten für eine friedliche Wende, verlieren den Glauben an die Demokratie. „Wir kamen uns vor wie auf einem orientalischen Bazar“, sagen sie heute. Zwar haben sie am Ende recht behalten, das Strafverfahren ist eingestellt, die Nachzahlung belief sich auf 1500 Euro statt 100 000 Euro. Aber ihr Vertrauen in den Staat haben sie verloren.

Ob bei Kneipiers oder Künstlern, bei berufstätigen Müttern oder Schriftstellern – das Finanzamt hat bisweilen wenig Ahnung, wie die Arbeitswelt heute aussieht. Da fliegen alle Bewirtungsquittungen raus, die auf Sonntag ausgestellt sind oder nach 22 Uhr. Das kann doch nur privat sein! Sonntag, da hat der Finanzbeamte Feierabend. Aber nicht der Journalist, der seinen Interviewpartner trifft.

Da wird jede Dienstreise angezweifelt, bei der Kinder mit auf dem Bahnticket stehen. Dabei nehmen Eltern heutzutage ihr Kind schon mal mit auf ein Seminar, setzen es der Oma auf den Schoß, absolvieren ihren Job und fahren dann mit Kind wieder heim. Da soll ein Schreiner, der von Schnitzkursen auf einem

Kreuzfahrtschiff lebt, den Preis der Kreuzfahrt als „geldwerten Vorteil“ versteuern. Kreuzfahrt! Da denkt der Finanzbeamte ans Traumschiff, an Privatvergnügen.

Bei heutigen Jobs ist das Private und das Berufliche manchmal verschränkt, Soziologen nennen es die Work-Life-Balance. Das aber kommt nicht vor in der Steuerliteratur.

Vielleicht ist es eine Frage der Haltung, wie sich Steuerbehörde und Steuerbürger in diesem Land begegnen. Nämlich: voller Misstrauen. Der Bürger denkt: Der Staat verschleudert mein Geld an die bankrotten Griechen und die marode Hypo Real Estate. Und alle anderen holen bei der Steuer bestimmt viel mehr

raus als ich. Also muss ich gucken, wo ich bleibe! Die Finanzbeamtin, leidgeprüft, denkt bisweilen: Die bescheißen eh alle!

Nur so kann man überhaupt nachvollziehen, dass ein Stuttgarter Berufsschullehrer immer noch mehr Beweise vorlesen soll, dass er die Wirtschaftszeitung „Financial Times Deutschland“ wirklich aus beruflichen Gründen abonniert hat. Zuletzt haben ihm die Richter allen Ernstes vorgeschlagen, seine ehemaligen Schüler bei Gericht vorzuladen. Als ob die sich – längst der Berufsschule entwachsen – nach Jahren noch daran erinnern, wie oft ihr Wirtschaftslehrer aus welcher Zeitung zitiert hat.

Der Lehrer wiederum kann alles nachweisen. Dass er zum Privatvergnügen die Stuttgarter Nachrichten liest. Also wegen VfB und Stuttgart 21 und Wetterbericht. Und dass er die teure „Financial Times“ nur braucht, um zum Beispiel anhand eines Artikels über die Zahnradfabrik Friedrichshafen seinen Schülern zu erklären, was Supply-Chain-Management ist. Dieser Lehrer ist offenbar ein guter Lehrer, denn er hält seine Schüler stets mit aktuellen Geschichten aus der Zeitung auf dem Laufenden. Aber der Lehrer investiert gerade viel seines wertvollen Hirnschmalzes, um Excel-Tabellen fürs Finanzgericht zu erstellen. Meldungen, die nur in der „Financial Times“ waren: grüne Markierung. Meldungen, die auch in den Stuttgarter Nachrichten waren: gelbe Markierung. Der ganze Rest: rote Markierung. Deutschland!

Der Bürger und sein Staat – ein gestörtes Verhältnis

Könnten sich der Staat und seine Bürger nicht gelassener begegnen? Freundlicher? Großzügiger? Klar ginge das, geht woanders ja auch. In der Schweiz, das hat der Heidelberger Finanzwissenschaftler Lars Feld erforscht, gilt das Prinzip „Vertrauen schafft Vertrauen“. Wenn ein Fehler in der Steuererklärung auftaucht, geht das Amt zunächst von einem Versehen aus, nicht gleich von einer Straftat. Und in den Kantonen, in denen kleinere Fehler großzügig verziehen werden, steigt die „Tax Compliance“ – also die Bereitschaft, ehrlich Steuern zu zahlen. Die steigt nach wissenschaftlichen Forschungen übrigens auch, wenn die Bürger zumindest bei wichtigen kommunalen Bauprojekten darüber abstimmen dürfen, wofür ihre Steuergelder ausgegeben werden.

Die Steuererklärung als Beginn einer wunderbaren Freundschaft zwischen Bürger und Staat? Na ja, das ist vielleicht zu viel verlangt. Aber wenn man das Gefühl hätte, die gehen schon ordentlich um mit meinem Geld – es würde einem die Oktobernachmittage mit den Quittungen bestimmt vergolden.



Top in dieser Woche: Daimler will mit neuem Fahrsimulator Unfallrisiken senken

+ 1985 hat Daimler in Berlin seinen ersten Fahrsimulator in Betrieb genommen – davor war dies nur in der Luftfahrtbranche üblich. Laut Daimler-Entwicklungsvorstand Thomas Weber ist es den virtuellen Testfahrten in dem Gerät zu verdanken, dass elektronische Fahrhilfen wie das Antischleudersystem ESP oder Bremsassistenten verhältnismäßig schnell zur Serienreife gelangt sind.

Vergangene Woche hat der Stuttgarter Autobauer nun eine neue Simulator-Anlage

am Standort Sindelfingen eingeweiht, die Verkehrssituationen noch realitätsgetreuer nachbilden soll. Davon verspricht sich Weber unter anderem Erkenntnisse über den weit verbreiteten Sekundenschlaf am Steuer, der immer wieder Unfälle mit Todesfälle verursacht. „Ein Einschlafwarnsystem können sie schlecht auf einer normalen Straße ausprobieren“, sagte Weber. Im virtuellen Versuch dagegen kann der Konzern testen, wie sich müde Fahrer am besten verhalten lassen – und damit letztlich das Unfallrisiko im echten Verkehr senken. (PEO)



Entwicklungschef Weber. FOTO: DPA

Flop in dieser Woche: Die LBBW fühlt sich von Goldman Sachs gelinkt

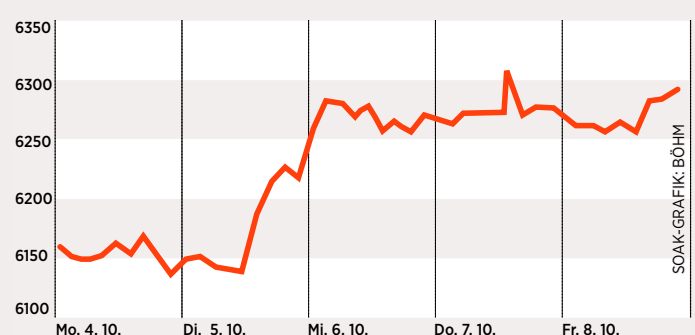
- Die Finanzkrise hat Banken in aller Welt Billionen gekostet. Die LBBW will jetzt einen Teil davon wieder zurückhaben und hat die US-Investmentbank Goldman Sachs (GS) auf Schadenersatz von 37 Millionen US-Dollar verklagt, das entspricht 27 Millionen Euro. So viel hatten die Kapitalmarktprofs der Landesbank Baden-Württemberg im März 2006 auf vermeintlich sichere Anlagen am amerikanischen Immobilienmarkt gesetzt hatte. Heute sieht sich die LBBW indes von

der Investmentbank getäuscht und hat in New York Klage wegen Betrugs eingereicht. In der Klageschrift präsentiert die Bank unter anderem interne E-Mails von Goldman Sachs, in denen hochrangige Manager mit Sätzen wie „Das Spiel ist aus“ zu Wort kommen und dennoch wenige Wochen später angeblich US-Immobilienpapiere an die LBBW verkauft haben, die sich als wertlos erwiesen. Während die US-Bank mit dem Wertverlust Profite erzielt haben soll, da sie dagegen versichert war, blieb der Verlust an der LBBW hängen. (STN)



Logo vor LBBW-Zentrale. FOTO: DPA

Das macht der Dax



Dax im Vergleich zur Vorwoche

+1,2%

Verunsicherung über Lage in den USA
Der deutsche Aktienmarkt hat bis Freitagabend aufgeholt – gegenüber der Vorwoche stand unter dem Strich ein leichtes Plus. Dass der Zuwachs nicht höher ausfiel, begründeten Experten zum Teil mit rückläufigen Beschäftigtenzahlen in den USA.

Indikator der Woche

50-
mal pro Woche nutzt jeder eine Suchmaschine
Deutsche Internetnutzer greifen pro Woche durchschnittlich 50-mal auf Suchmaschinen zurück. Dabei informieren sie sich rechnerisch über 17 unterschiedliche Themen. Das ergab eine Forsa-Umfrage. Laut der Analyse recherchieren Männer jede Woche im Schnitt 22 Themen, Frauen nur zwölf.

Trends

Wert	09. 10.	02. 10.	Veränderung
M-Dax	8926,08	8763,35	+1,86 %
Euro Stoxx 50	2785,43	2732,91	+1,92 %
Dow Jones	11006,48	10829,68	+1,63 %
Nikkei	9588,88	9494,23	+1,96 %
Wert des Euro in Dollar	1,3878	1,3723	+1,13 %
Wert des Euro in Pfund	0,8745	0,8871	-1,42 %
Wert des Euro in Schw. Franken	1,3432	1,3431	+0,01 %
1 Feinunze Gold (London)	1330,50\$	1313,00\$	+1,33 %
1 Barrel Rohöl (London)	84,29\$	83,01\$	+1,54 %
1 Liter Super (Stuttgart, Sa.)	1,359€	1,399€	-2,86 %